

Zusammenfassung vom RBO-Forum am 12.7.2011 im Kloster Reute

## „ andere Schullandschaft – neuer ÖPNV?! “

Hr. Wolfgang Pfefferle (RBO-Vorsitzender) in seiner Einleitung: Das Thema habe insbesondere auch durch den Regierungswechsel im Landtag an Dynamik gewonnen. Beschreibt den Verbund „bodo“ als ganzheitlich ausgerichteten Dienstleister, Vermittler und Problemlöser. Insbesondere seien die Privatunternehmer von den Veränderungen betroffen und aufgefordert, sich kreativ und möglichst in Netzwerken einzubringen.

Hr. Dr. Witgar Weber (Geschäftsführer des WBO) in seiner Einleitung ins Thema:

- Weniger Schüler brauchen mehr Busse
- Die Finanzierung ist in Gefahr, weil die Kosten/ Fahrgast unweigerlich im ländlichen Raum steigen werden (in Ballungsräumen evtl. eher Kosteneinsparungen möglich, Ausgleich unwahrscheinlich)
- Am gesamten ÖPNV stellt der Busverkehr den Löwenanteil von 58% (Straßenbahn 20%, Eisenbahn 22%)
- V.a. junge Menschen und die ganz Alten (>74J.) nutzen den ÖPNV (noch keine Fahrerlaubnis oder schon wieder aus Alters- und Krankheitsgründen fahruntauglich)
- Schülerzahlen sind bereits 2006 „gekippt“, Rückgang an weiterführenden Schulen insgesamt um 26%

Hr. Peter Brecht (Leiter des Verkehrsamtes/Landratsamt RV zur Rolle der Landkreise:

- Träger der Schülerbeförderungskostenerstattung
- Volumen von insgesamt 16 Mio €/Jahr
- mit 3,4 Mio. (= 22%) Defizit, da die Landeszuschüsse vor Jahren gedeckelt und auch noch mehrfach gekürzt wurden
- starker Einfluss durch den demographischen Wandel im strukturschwachen ländlichen Raum. Die Rahmenbedingungen für die Schülerbeförderung werden immer komplexer und treiben die Kosten in die Höhe
- unter der alten Landesregierung (Mappus) war bereits eine Erhöhung der Zuschüsse um 20 Mio in Planung – Haltung der neuen Regierungskoalition ungewiss
- mehr Flexibilität der Schulen sei künftig unabänderlich
- In 5-Jahreszeiträumen wird ein Nahverkehrsplan mit einer sehr aufwändigen Ist-Erhebung aufgestellt (der weitaus größte Teil ist der Schülerverkehr), möglichst sollte aber immer auch der größtmögliche Nutzen für die gesamte Bevölkerung angestrebt werden. Eine Beschränkung auf Schultage ist kontraproduktiv, bewegliche Ferientage sind in ihrer wenig abgesprochenen Individualität sehr problematische und immense Kostentreiber.
- Stärkere Systematisierung, Vernetzung und Vertaktung sei Gebot der Stunde
- Dazu seien z.T. völlig neue Wege und eine wesentlich intensivere Zusammenarbeit aller Beteiligten erforderlich

Hr. Klaus Moosmann (Leiter des Schulamtes Markdorf – nicht für Gymnasien und berufl. Schulen zuständig) „**Auch Schulen müssen Hausaufgaben machen**“

- Durch Regierungswechsel Wegfall der Kooperation WRS/berufl. Schulen mit der erforderlichen Transportfrage (Entlastung)
- Wegfall der verbindlichen Grundschulempfehlung – er hat derzeit 85(!) Anmeldungen – so viele wie noch nie – für die Aufnahmeprüfung, da das alte Schulgesetz ja noch gültig sei.
- Ab dem SJ 2012/13 sind die Schülerströme noch schwerer kalkulierbar, ein Run auf RS und Gymnasium ist zu erwarten
- Wahnsinnige Unruhe in der Schulverwaltung, Standorte von künftigen Gemeinschaftsschulen seien völlig offen, derzeit sei kein einziger freier RS-Lehrer „auf dem Markt“
- Stärkere Systematisierung, Vernetzung und Vertaktung sei Gebot der Stunde
- Dazu seien z.T. völlig neue Wege und eine wesentlich intensivere Zusammenarbeit aller Beteiligten erforderlich

### Statements der Politik

Hr. Norbert Zeller, SPD (Leiter der Stabsstelle für Schulentwicklung im KuMi)

- Zugegeben wird, dass künftig die Planbarkeit sehr schwierig wird
- Wegfall der verbindlichen GS-Empfehlung
- Zug um Zug neue Schulart (Gemeinschaftsschule) auf Antrag des Schulträgers
- Jede HS kann WRS werden, auch einzügige
- Notenhürde zwischen Kl 9/10 fällt weg – jeder soll 10. Klasse machen können, wenn er will
- Ziel: wohnortnahe, tragfähige Schulentwicklung
- Bisherige angedachte Kooperation WRS mit berufl. Schulen fällt weg

Im Mittelpunkt steht die Entwicklung zur Gemeinschaftsschule, auch der Gymnasien. Man müsse Schule anders denken und eine heterogen zusammengesetzte Schule zum Gewinn aller schaffen. Dies gehe nur mit einer neuen Lehr- und Lernkultur. Er erwarte viele Anträge, bereits jetzt kämen täglich neue bei ihm auf den Schreibtisch. Die gewünschte Gemeinschaftsschule ist:

- eine gebundene Ganztagschule
- von Kl. 5-10(-13)
- evtl. auch von Kl.1-13
- eine Inklusionsschule (wobei der Elternwille entscheidend sei)
- G8 bzw. G8+ (nicht altes G9, es ist vielmehr ein so genanntes „Dehnungsjahr“ in der Unterstufe geplant zur „Sicherung des Fundamentes“)

3 Beispiele werden genannt:

- Gde. Bergatreute (SL Hr. Dorner anwesend) hat einen Antrag auf eine Gemeinschaftsschule mit HS-/RS- und gymnasialem 10. Kl.-Abschluss eingereicht - bei Realisierung und Annahme des Konzeptes durch die

Eltern würden deutlich weniger Fahrschüler anfallen, nämlich alle die, die bislang die RS oder das Gymnasium außerhalb besuchen.

- Gde. Amtzell plant ebenfalls den Umbau zu einer Gemeinschaftsschule mit denselben Effekten
- Gde. Salem ebenso

Bislang haben die RS die größten Schwierigkeiten dieses Angebot zu durchdenken, dabei bietet der gymnasiale Anschluss gerade für diejenigen Realschüler, die eigentlich eine Gymnasialempfehlung haben (seien an manchen RS ein Anteil von 30-50%) große Chancen, bzw. ein Entgegenkommen.

Dies sei alles ein Angebot an die Schulträger, es wird nichts „von oben“ diktiert, klar werbe allerdings die Regierungskoalition für diesen Weg. Erforderlich sei eine gute Diskussionsphase.

In den Koalitionsvereinbarungen stehe, dass die öffentlichen Verkehre gestärkt werden sollen, wobei keine Unterschiede zwischen Privatunternehmen und anderen gemacht würden. Klar sei allerdings auch, dass der Anteil der Elternbeiträge steigen wird. (Ein Vorarlberger Modell, wo kein Schulkind für den Schulbus bezahlen muss sei auf Baden-Württemberg nicht anwendbar – ohne Nennung von Gründen).

Hr. Thomas Marwein, Grüne (vertritt den verhinderten Manfred Lucha) Mitglied des Verkehrsausschusses im Landtag, gebürtig Ortenaukreis:

- Man sei klar in einer Umbruchphase
- Die Grünen legten großen Schwerpunkt auf die Stärkung des ÖPNV
- Ausweitung der Fahrradmitnahme im Bus angedacht
- Zielgerichteter Ausbau mit Effizienz der Finanzmittel
- Marktöffnung durch EU-Recht (Konkurrenz der Anbieter)
- Schulen könnten gewaltig mitreden, Gestaltungsspielräume durch flexibler ausgestaltete Anfangs- und Endzeiten
- 100 Mio. € seien für den gesamten Teilbereich Verkehr im Haushaltsplan vorgesehen (also auch Straßensanierung, etc)
- Durch attraktive Angebote müsse ein größeres Fahrgastpotential erschlossen werden

Hr. Roland Bürkle, CDU-Kreistagsvorsitzender (vertritt den verhinderten Paul Locherer)

Zunächst werden die für ihn positiven Aspekte erwähnt:

- Der Versuch des schrittweisen Vorgehens im Zusammenspiel mit den Kommunen wird gelobt (gibt zu, dass er da manchmal an der eigenen Partei zweifele, was die Kultur des miteinander Sprechens anbelange)
- Die angestrebte Vernetzung des Verkehrs, was auf lange Sicht Planungssicherheit für lange Zeiträume verspreche.

Allerdings kamen auch folgende kritische Betrachtungen:

- Sieht die Vielfalt der Bildungslandschaft – insbesondere auch für den ländlichen Raum durchaus kritisch – nur scheinbare Entscheidungsfreiheit der Kommunen

- Die Aufrechterhaltung aller Möglichkeiten stehe im Gegensatz zu Effizienz
- Die Konstanz zwischen städtischen und ländlichen Räumen gerate in eine zunehmende Schieflage, da sieht er einen klaren Konflikt und befürchtet das Ausbluten des ländlichen Raumes
- Ausgesprochen kritisch in diesem Zusammenhang sei, dass der Anteil der Eigenbeteiligung der Eltern an den Schülerbeförderungskosten steigen müsse Die Schülerbeförderung sei das Rückgrat des gesamten ÖPNV!
- Sorgen um die Finanzierung der Lehrerversorgung (Lehrer folgen den Schülerzahlen)
- Das neue Schulgesetz steht noch aus – Schwebestand
- Erfahrungen anderer Bundesländer zeigen: es entstehen sehr große zentralisierte Schulen im Gegensatz zur gewollten wohnortnahen
- Die Marktöffnung sieht er als Gefahr für die mittelständische Unternehmerstruktur, die das Land stark gemacht habe

Aus seiner Sicht als Schulträger der Gde. Bad Wurzach spricht er vom „goldenen Zügel“ an dem die Kommunen von der Landesregierung in eine gewollte Richtung gesteuert werden.

Er sagt weniger Grundschulen, mehr Bildungszentren voraus.

Robert Bosch („Hauptschulrebell“, RV) habe in einem Interview neulich bekannt, das die Gemeinschaftsschulen nur in „gesunden“ und ausreichend großen Gemeinden eine reelle Chance hätten (ab ca. 5.000 Ew). Eine Gemeinschaftsschule brauche zwischen 3-500 Schüler, das hieße im Klartext, kleine Gemeinden verlieren ihre Schule, einzügige Gemeinschaftsschulen seien unrealistisch.

#### Einzelne Diskussionsbeiträge:

1. Auch Grundschüler müssten künftig offenbar grundsätzlich ÖPNV-Leistungen erbringen, was bisher nicht so war – Antwort Zeller: zunächst sei dies eine Entscheidung der Landkreise, wen sie belasten und wen nicht. Man könne z.B. auch regeln, dass die Fahrt zur nächstgelegenen öffentlichen Schule subventioniert wird, die zur weiter entfernt gelegenen Privatschule nicht
2. die Beförderung von Kindern mit Behinderungen an viele verschiedene dezentrale Orte sei eine große Herausforderung und kostenintensiv, außerdem seien die erforderlichen Niederflurbusse auf vielen ländlichen Straßen nicht einsetzbar (Mitnahme von Kindern im Rollstuhl, etc) – Antwort Zeller: er erwarte durchaus mehr Beschulung vor Ort durch die Inklusion, also weniger notwendige Fahrten. Und wenn doch, muß man individuell den Fall betrachten und regeln – darauf hätten die Eltern einen Anspruch (EU-Recht)
3. Klare Forderung an die Politik im Land und Bund, wesentlich kreativer zu sein, was die Finanzierungsmöglichkeiten aus dem Pool der Kinder- und Familienleistungen des Staates angeht, damit die aufgewendeten Mittel auch tatsächlich den Lebensbedürfnissen von Kindern zugute kommen. Kinder brauchen altersgemäß die Möglichkeit ihren Alltag selbst und ohne Mama-Taxi zu bewältigen. Brauchen eine Gesellschaft, die aufmerksam und solidarisch auf die Bedürfnisse von Kindern und Familien Rücksicht nimmt, um die Demografie irgendwann auch mal wieder zu drehen. –

Antwort Bürkle: man war in der Vergangenheit bereits sehr kreativ, was den Landkreis betrifft.

Antwort Zeller: Lösung sieht er vielleicht in einer künftigen Staffelung nach sozialer Bedürftigkeit, außerdem sei das Leben in der Stadt ungleich teurer was Grundstückspreise und Mieten anbeträfe so dass man keine notwendige Begünstigung des ländlichen Raumes ableiten könne.

Antwort Markwein: Die Grünen wollen die Elternbeiträge nicht steigen lassen, Hinweis auf den §45a PBefG (Personenbeförderungsgesetz)

**Nachmittags kamen noch drei Experten zu Wort mit konkreten Beispielen:  
- „Schulen und Verkehrsunternehmen – ein eingespieltes Team?!“-**

Hr. Franz Schweizer; WBO – vgf-Freudenstadt

*„Kaum verloren wir das Ziel aus den Augen, verdoppelten wir unsere Anstrengungen – Mark Twain“*

Berichtet über das erfolgreiche Einrichten eines Runden Tisches. 2008 hat man sich entschlossen v.a. wegen des schlechten Images des ÖPNV, verursacht durch übervolle Busse insbesondere am Schuljahresanfang, eine rechtzeitige Anhörung aller Beteiligten zu versuchen. 2009 kamen erstmals auch Elternvertreter dazu (man hatte sich zuvor nicht getraut, sie einzuladen – Frontenbildung)

Es nehmen teil:

- Rektoren
- Schulsekretariate (häufig wichtigste erste Anlaufstelle)
- Fachlehrer, die die Stundenpläne machen
- Elternvertreter
- Busunternehmen
- Schulträger

Das Ziel ist Netzwerke zu knüpfen und einen anderen Umgang miteinander zu pflegen. Wenn man sich untereinander kennt wird ein gegenseitiges Problembewusstsein geschärft und es fällt dann leichter, aufeinander zuzugehen und kreative und oft überraschend einfache Lösungen zu finden. Der rechtzeitige Austausch über Anmeldezahlen gelingt wesentlich besser.

Bislang sind 3 Runden gelaufen à 2-3h zu „schulfreundlicher“ Zeit, jetzt feste jährliche Einrichtung, das Projekt hat auch schon ein „Kind“ bekommen (Folgeprojekt „schneefrei“) inzwischen bestehen gute Kontakte zur Elternschaft.

Hr. Ulrich Grosse - freiberuflicher Nahverkehrsberater – über ihn wurde 1985 ein von der Fachwelt sehr beachteter „Spiegel“- Artikel zum Thema ÖPNV veröffentlicht (s. Anhang)

- Bei der Betrachtung des ÖPNV eines zu überplanenden Gebietes ist immer der Schülerverkehr der rote Faden!
- Wichtigste Kunden sind Schüler und Schulträger
- Erkennbarer zunehmender wirtschaftlicher Druck
  
- Andere Schullandschaft:
  - verlässliche GS
  - Ausbau privater Schulen

- die Einführung von G8 hat Verkehrsspitzen verstärkt
- WRS (Zusammenlegung kleiner Schulen)
- gebundene Ganztagschulen
- Anderer ÖPNV:
  - integraler Taktfahrplan/ gestiegenes Mobilitätsbedürfnis
  - veränderte gesetzliche Rahmenbedingungen (Bahnreform/ÖPNV-Gesetz/EU)
  - Kürzung von Zuschüssen (FAG, § 45a, GVFG)
  - flächendeckende Verbundorganisationen
  - technologische Entwicklungen

***Dies alles erfordert einen gemeinsamen Dialog, man ist aufeinander angewiesen!***

Die Entzerrung der Verkehrsspitzen ist das A&O. Der Unterrichtsbeginn zur 2. Stunde ist leider fast völlig verschwunden, dies führt zu enormen morgendlichen Verkehrsspitzen. Notwendig ist eine Neufestlegung der Schulzeiten! Hinweis auf Entscheidungskompetenz der Schulkonferenz der jeweiligen Schulen. Vorschlag: Teilnahme der Busunternehmen bei GEB-Sitzungen

Hr. Jürgen Löffler, bodo-Geschäftsführer:

Der ÖPNV unterliegt einem permanenten Wandel. Der Verkehrsverbund bodo existiert seit 2004 und ist bislang eine Erfolgsgeschichte, die Auswirkungen der Demographie führen in den letzten Jahren erstmals zu einer Stagnation. (Rückgang von 193.000 im Schülerverkehr, Fahrgeldentwicklung 2 x in Folge unter angestrebtem Ziel)

Seit Existenz kam es zu einem Fahrgastzugewinn von 5 Mio., den Löwenanteil haben hier die Berufspendler! 83% Zeitkartenkunden (Schüler und Pendler)

- „Der Schülerverkehr reißt uns runter!“

- „Nur das Netzwerk macht stark!“

Vorwurf: Die Busunternehmen planen vor SJ-Anfang ins Blaue hinein, werden oft vor völlig vollendete Tatsachen gestellt, mit denen man dann schnellstmöglich irgendwie zurechtkommen muss.

Gesetzliche Grundlagen ließen eine andere Unterrichtstaktung zu, so dass man evtl. die Abläufe im gemeinsamen Gespräch besser harmonisieren könne. Gedacht wird z.B. an Unterrichte im 60-Min-Rhythmus.

Appell: Bei geplanten Schulkooperationen bitte rechtzeitig die Busunternehmen in Planungen mit einbeziehen

*Brigitte Reuther, Bad Waldsee, den 13.7.2011*